

Seit mehreren Wochen überschwemmt der Regierungsrat und die Kantonsverwaltung die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Basel-Stadt mit Inseraten, Statements, Pressekonferenzen, öffentlichen Veranstaltungen (gar mit Bundesräten) und nun noch mit einer Demonstration auf dem Basler Marktplatz zur Ost-Personenfreizügigkeit.

Der Regierungsrat und offenbar auch die Verwaltung führen einen einseitigen Pro-Abstimmungskampf für die Vorlage vom 25. September 2005. Die Palette an Überzeugungsarbeit führt von Inseraten, über Pressekonferenzen „in corpore“ bis zu öffentlichen Veranstaltungen (welche notabene nicht einmal Fragen zulassen) und Demonstrationen.

Offenkundig ist dem Regierungsrat die Vorlage ein wichtiges Anliegen, er investiert viel Zeit, Geld und Aufwand in eine Propagandakampagne, welche in die Geschichte eingehen wird. Noch nie hat sich der Regierungsrat so weit aus dem Fenster gelehnt und dabei die Gesamtinteressen des Volkes verletzt.

Ich erbitte den Regierungsrat daher um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist sich der Regierungsrat der heiklen Situation eines von ihm einseitig geführten Propagandafeldzuges bewusst?
- 2.1. Wie viele Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Abstimmung vom 25.09.05 hat jedes einzelne Regierungsratsmitglied besucht bzw. wo fanden diese statt?
- 2.2. Wie viele Stunden nahmen diese Veranstaltungen die einzelnen Regierungsratsmitglieder in Anspruch?
- 2.3. Welche Kosten entstanden dem Steuerzahler durch das einseitige regierungsrätliche Weibeln an solchen Veranstaltungen? (Sicherheitskosten etc.)
- 3.1. Wurden Personen der kantonalen Verwaltung ebenfalls an Pro-Veranstaltungen geschickt bzw. nahmen Personen der kantonalen Verwaltung in irgendeiner Form (Radio, TV, Zeitungen etc.) Stellung zur Vorlage?
- 3.2. Wenn ja, welche Verwaltungsangestellten waren dies und wie viele Stunden Aufwand hatten diese?
- 3.3. Gilt die Teilnahme an solchen Veranstaltungen für Staatsangestellte als „normale Arbeitszeit“ bzw. kann er/sie diese als Überstunden (Kompensation GLAZ) oder Ferien rückerstattet erhalten?
- 4.1. Welche Amtsstellen haben sich im Zusammenhang mit der Abstimmungspropaganda mit der Vorlage auseinandersetzen müssen bzw. Vorarbeiten für die regierungsrätlichen Auftritte/Statements geleistet?
- 4.2. Wie viele Angestellte in diesen Amtsstellen waren damit beschäftigt bzw. wie hoch ist der dadurch entstandene Zeit- und Kostenaufwand einzelner Angestellter anzusetzen?
- 5.1. Welche Werbemittel wurden genutzt um für die Veranstaltungen, die Pressekonferenzen und die Demonstration aufmerksam zu machen?
- 5.2. Wie teuer sind die unter Punkt 5.1 erwähnten Werbemittel welche eingesetzt wurden?
- 5.3. Die Demonstration/Kundgebung vom 13.09.2005 gilt als „Hauptattraktion“ der Ja-Seite. Welche Kosten entstanden durch diese Veranstaltung? (inkl. Sicherheitskonzepte etc.).
6. Erhält der Regierungsrat bzw. die Verwaltung für die Kampagne Unterstützung durch Bundesgelder bzw. private Wirtschaftsspenden (beispielsweise von economiesuisse)?
- 7.1. Ist es richtig, dass auf die Veranstaltungen auch in der Verwaltung aufmerksam gemacht wurde bzw. dass sämtliche Angestellten eine Einladung erhalten haben?
- 7.2. Wenn ja, in welcher Form wurde auf diese Veranstaltungen intern aufmerksam gemacht?
- 7.3. Wenn ja, ist sich der Regierungsrat bewusst, dass sich im Besonderen die kantonale Verwaltung politisch neutral verhalten sollte?

8. Will der Regierungsrat auch inskünftig einseitige Abstimmungskampagnen führen bzw. sich so aktiv in den Abstimmungskampf einmischen und die damit verbundene Neutralität der Regierung und der Verwaltung aufgeben?
9. Wie reagiert der Regierungsrat bei einem Nein zur Personenfreizügigkeit? Wird er die Konsequenzen ziehen und, da er nicht mehr die Mehrheit des Volkes vertritt, zurücktreten?

Joël A. Thüring